



AXEL SPRINGER

**Jochen Stadt
Tobias Voigt
Stefan Wolle**

Feind-Bild SPRINGER

Ein Verlag und seine Gegner

Vandenhoeck & Ruprecht

V&R

Feind-Bild Springer

Ein Verlag und seine Gegner

von

Jochen Stadt, Tobias Voigt, Stefan Wolle

unter Mitarbeit von

Anke Kaprol und Benjamin Schröder

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.
ISBN 978-3-525-36381-2

Mit 17 Abbildungen
Umschlagabbildung: © ullstein – ullstein bild

© 2009 Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen / www.v-r.de
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vor-
herigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das
Werk noch seine Teile dürfen ohne vorherige schriftliche Einwilligung des Verlages
öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies gilt auch bei einer entsprechenden
Nutzung für Lehr- und Unterrichtszwecke. Printed in Germany.

Satz: KCS GmbH, Buchholz
Druck und Bindung: ☉ Hubert & Co, Göttingen

Inhalt

Springer leuchtet 7

Erster Teil

Moskau, Pankow und die Wiedervereinigung 11

Springer auf dem Weg nach Berlin 18

Springers Moskaureise 22

Ein Denkmal an der Mauer 36

Die Anti-Springer-Kampagne der DDR 43

Ulbrichts Feldzug gegen Springer 76

Zweiter Teil

»Enteignet Springer!« 81

Ein Konflikt entsteht 83

Der akademische Konzentrationsdiskurs 90

Ein trojanisches Pferd in West-Berlin 94

Journalisten gegen Springer 100

Acht Tage im Juni 1967 107

Die Springer-Kampagne des SDS 125

Das Springer-Tribunal – »Gewalt gegen Sachen« 130

DDR-Freunde und ihre Hintermänner 136

Dritter Teil

Kalter Krieg als Seifenoper 149

Ein Fünfteiler im DDR-Fernsehen 151

Recherchen in Feindesland 153

Ein Auftragswerk und ein Werkauftrag 161

Propagandafilm und Filmpropaganda 177

Schwierigkeiten mit der Wahrheit 183

Vierter Teil

Springer und der Weg zur Wiedervereinigung	189
Stones-Krawalle	191
Lutz-Peter Naumann – verfolgt in Ost und West	197
Lutz-Peter Naumann als Journalist bei Springer	203
Das Ohr der Stasi im Büro Springer	217
IM »Teddy« zwischen Käse und Stasi	237
Journalisten unter Beobachtung des MfS	244
Lauschangriff auf das Rauschen im Blätterwald	257
<i>Stern</i> und Stasi gegen ZDF und <i>Welt</i>	261
Schnitzler und das Ende der Tüttelchen	270

Nachbemerkung 285

Anmerkungen 287

Anhang 311

Bildnachweis	311
Abkürzungen	312
Verwendete Literatur	315

Register 321

Deck- und Vorgangsnamen	321
Personen	322

Springer leuchtet

Im Herzen von Berlin herrschte östlich der Mauer noch in den sechziger Jahren eine traurige Ödnis. Rund um den früheren Dönhoffplatz erstreckte sich eine graue Brachlandschaft. Einsam stand inmitten dieser Wüstenei eine Bronzestatue des Freiherrn vom Stein, die seltsamerweise die Stürme der Zeit überlebt hatte und erst 1969 Unter die Linden versetzt wurde. Vom Mittelpunkt des Dönhoffplatzes wurden seit dem 18. Jahrhundert die Entfernungsangaben von und nach Berlin gezählt. Allein der Name des U-Bahnhofs Stadtmitte erinnerte daran, daß hier einst das pulsierende Zentrum der Weltstadt gewesen war. Der Bahnhof war seit der Teilung Berlins der vorletzte Haltepunkt der U-Bahn vor der Endstation Ernst-Thälmann-Platz. Dann war die Welt zu Ende. Entlang der Mauer ragten hier und da wie Zahnstummel einzelne Gebäude aus dem Brachland hervor. Die großen Baumaßnahmen der Fünfziger und Sechziger hatten sich auf den Osten der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik konzentriert. Das Terrain entlang des »Antifaschistischen Schutzwalls« war von der sozialistischen Stadtplanung bewußt vernachlässigt worden. Hier brauchte man vor allem ein freies Schußfeld für die Grenztruppen. Lediglich für die zahlreichen Kaninchen war das weite Gelände an der Mauer ein Eldorado.

Nachts herrschte hier totale Stille, die nur gelegentlich durch das unterirdische Rumpeln der U-Bahn gestört wurde. Hier verkehrte eine Linie, die nur vom Westen aus zugänglich war. Am Bahnhof Stadtmitte kreuzten sich zwei U-Bahn-Strecken, ohne daß jemand umsteigen konnte. Zur Hälfte war diese Station einer der sogenannten Geisterbahnhöfe. Am Rande des großen Areals westlich der Leipziger Straße leuchteten die Tiefstrahler der Grenzsicherungsanlagen. Wenn in Winternächten aus Gründen der Sparsamkeit in Ost-Berlin die Straßenbeleuchtung ausgeschaltet war, lag über dem Stadtzentrum ein seltsam kalter Schein. »Dafür reicht der Strom immer«, murrten die Ost-Berliner.

Hinter der Mauer ragten zwei Hochhäuser hervor, von denen eines als das Springer-Hochhaus bekannt war. Unweit davon war 1958 bis 1961 der modernistische Stahlskelettbau der GSW-Hauptverwaltung entstanden. Auch diese Wolkenkratzer hinter dem Todesstreifen wirkten für Ost-Berliner seltsam unwirklich in der toten Szenerie. Sie waren räumlich nah und doch so weit entfernt wie die Rückseite des Mondes. Seit 1963 war das Gebäude der GSW mit einem Nachrichtenbalken versehen und in die Dunkelheit des Ostsektors hinein leuchteten die aktuellen Botschaften der Freien Welt. Rein technisch war das nichts Besonderes. Auch am Bahnhof Friedrichstraße lief so ein Nachrichtenbalken mit den Meldungen der Allgemeinen Deutschen Nachrichtenagentur der DDR. Im Zeitalter von Rundfunk und Fernsehen war diese Form der aktuellen Nachrichtenübermittlung eigentlich Schnee von gestern. Der Nachrichtenbalken auf dem GSW-Gebäude aber war als Provokation gedacht, und er wurde vom Osten auch so aufgefaßt. Deswegen wollte man in Ost-Berlin schon zu Beginn der Bauarbeiten auf dem Hochhausdach ganz genau wissen, was sich da in der West-Berliner Kochstraße zusammenbraute.

Am 3. Oktober 1963 erteilte das Ministerium für Staatssicherheit der DDR seinem West-Berliner Agenten namens »Otto Bohl« den Auftrag, Näheres über Baumaßnahmen auf einem Hochhaus in der Kochstraße herauszufinden. »Bohls« Auftrag lautete: »Was ist bekannt über die Bauvorhaben auf dem Hochhaus des Springer-Konzerns. Wer gibt Genehmigungen für derartige Bauten? Was sagen die Kollegen dazu?«¹ Mit Kollegen waren West-Berliner Polizeibeamte gemeint, denn »Otto Bohl« war einer von ihnen. Sein bürgerlicher Name: Karl-Heinz Kurras, seit 1955 im Zweitberuf Stasi-Agent und West-Berliner Sonderermittler für die DDR-Geheimpolizei. Am 17. Oktober 1963 legte der SED-Bezirkschef von Ost-Berlin, Paul Verner, dem ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda, Albert Norden, eine Ausarbeitung von »Fachleuten« vor, die den Titel trug: »Mögliche Gegenmaßnahmen gegen die im Bau befindliche Nachrichtenleuchtschrift auf dem Hochhaus des Springer-Konzerns«.² In dem Maßnahmenplan heißt es: »Gegenwärtig wird auf dem genannten Hochhaus eine Nachrichtenleuchtschrift für die Wiedergabe westlicher Pressenachrichten in das Gebiet der Hauptstadt der DDR installiert. Die Höhe der Leuchtbuchstaben wird ca. 5 m betragen, die Länge des Nachrichtenbandes ca. 30 m. Mit der Fertigstellung der Anlage ist noch im Oktober dieses Jahres zu rechnen.«³ Der Sichtbereich der »Feindmaßnahme« reichte den Berechnungen zufolge im Osten bis zu einer Linie vom Spittelmarkt bis zur Jannowitzbrücke, im Norden bis

zum S-Bahnbogen, also den S-Bahnhöfen Alexanderplatz, Marx-Engels-Platz und Friedrichstraße, im Westen bis zur Ecke Unter den Linden/Wilhelmstraße sowie bis zur Käthe-Niederkirchner-Straße. Gerade nach Einbruch der Dunkelheit war das eine recht unbelebte Zone. Dennoch gab es Grund zur Aufregung. Denn hier lagen auch das Gebäude des ZK der SED sowie der Dienstsitz des Präsidiums des Ministerrates der DDR. Zwar waren die dort tätigen Genossen ideologisch gefestigt. Doch wollte man ihnen den täglichen Ärger ersparen, beim Blick aus dem Fenster die Nachrichten des Klassenfeindes zu erblicken. Aber das war noch nicht alles: »Zeitweise ist die Leuchtschrift für die Fahrgäste der S-Bahn auf der Strecke Friedrichstraße–Jannowitzbrücke lesbar. Sie ist auch aus den oberen Stockwerken der neu erbauten Wohnblocks um den Alexanderplatz herum lesbar.«⁴

Nun war guter Rat teuer. »Eine Verdeckung der Leuchtschrift durch Sichtblenden ist gerade für die genannten Schwerpunkte wegen der Höhe des Springerhochhauses nicht möglich. Ein Anstrahlen der Leuchtschrift von unserer Seite aus mit starken Scheinwerfern würde die Lesbarkeit zwar herabsetzen aber nicht ausschließen. Wenn der Gegner eine farbige Leuchtschrift benutzt, ist das Anstrahlen relativ wirkungslos. Außerdem müßten die Scheinwerfer in einem Winkel von etwa 30 Grad Erhöhung in Richtung des Flugplatzes Tempelhof eingestellt werden.«

Die letzte Überlegung wurde mit Rücksicht auf die alliierte Lufthoheit über Berlin angestellt. Diese zu beeinträchtigen, kam für die DDR nicht in Frage. Doch wurden weitere Varianten erwogen. So könne man »starke Scheinwerfer in das eigene Gebiet [...] richten, um durch Blendwirkung das Lesen der Westnachrichten an den Schwerpunkten zumindest zu beeinträchtigen. Dazu wären 5–6 Masten (Stahlmasten) in einer Höhe von ca. 25–30 m [...] notwendig. Jeder Mast müßte mit 3–4 genügend starken Scheinwerfern bestückt werden, die mit einem Neigungswinkel zwischen 0 und Minus 5 Grad in das eigene Gebiet strahlen. Diese Masten wären entweder auf der Linie Zimmerstraße oder Schützenstraße in solchen Abständen zu errichten, daß eine entsprechende Wirkung erzielt wird. Es ist jedoch zu bedenken, ob sich die Errichtung einer so kostspieligen Anlage mit nur unvollkommenen Wirkungsgrad lohnt.«⁵

Auch über eine andere Maßnahme wurde nachgedacht, nämlich die Installation einer eigenen Leuchtschrift in gleicher Höhe. Wie das allerdings geschehen sollte, ist unklar. Es hätte eine gewaltige Gerüstkonstruktion in Höhe der West-Berliner Bauten erfordert. Schließlich entschloß sich die SED-Führung, vor den laufenden Buchstaben der Westnachrichten ein ganzes Stadtviertel zu errichten.

In der am 10. Januar 1969 verabschiedeten Konzeption »Städtebauliche und architektonische Direktive für den Investitionskomplex Leipziger Straße, einschließlich Spittelmarkt« heißt es: »Der Investitionskomplex Leipziger Straße ist ein wesentlicher Bestandteil der städtebaulichen Konzeption des Stadtzentrums, dessen Bedeutung in der südlichen Begrenzung dieses Gebietes der Hauptstadt der DDR gegenüber dem besonderen politischen Territorium Westberlin liegt. Die differenzierte Hochhausbebauung sowie die vorgesehenen gesellschaftlichen Einrichtungen gestalten gleichzeitig die Silhouette des Zentrums der Hauptstadt nach Süden hin. [...] Die Leipziger Straße erhält ihren Höhepunkt in der Gestaltung des Spittelmarktes, der durch die Errichtung eines ca. 30-geschossigen Bürohochhauses seinen sichtbaren Ausdruck findet. Dieses Hochhaus dominiert in der Achse des Straßenzuges der Hans-Beimler-Straße – Alexanderplatz-Grunerstraße-Leipziger Straße und schirmt die Sicht zum Springer-Gebäude ab.«⁶

So verschwand seit 1969 das Ödland an der Mauer zugunsten eines bevorzugten Wohngebietes mit großen Geschäften und einem nostalgischen Blickfang in Form der Spittel-Kolonaden. Der Aufwand, die Silhouette des Springer-Hochhauses aus der Skyline Ost-Berlins zu verdrängen, war also erheblich. Er ging zudem zu Lasten der städtebaulichen Grundkonzeption, rund um den Alex das eigentliche Zentrum der sozialistischen Hauptstadt zu errichten und die Gebiete an der Staatsgrenze der Vergessenheit anheimfallen zu lassen.

Niemals taucht in den Konzeptionen der SED der Gedanke auf, daß es ein einfaches Mittel gegeben hätte, die Wirksamkeit der Leuchtschrift auf einen Schlag gegen Null zu minimieren. Wenn die Nachrichten der DDR so interessant, aktuell und glaubwürdig gewesen wären wie die leuchtenden Nachrichten des Klassenfeindes, hätte kein Ost-Berliner die wenigen S-Bahn-Minuten zwischen Jannowitzbrücke und Friedrichstraße genutzt, um nach dem Leuchtbalken zu schielen. In diesem Sinne ist die Geschichte von hoher Symbolkraft für die Vergeblichkeit aller Bemühungen der SED, die Ausstrahlungskraft der westlichen Medien durch Scheinwerfer und Sichtblenden zu verringern. Zudem hat die Leuchtbalken-Story noch eine ironische Pointe: Für die laufende Nachrichtengebung auf dem GSW-Hochhaus war keineswegs der Springer Verlag, sondern der Berliner Senat zuständig. Das Feindbild aber war so übermächtig, daß sich in allen damaligen Unterlagen und auch im Bewußtsein vieler Berliner die Vorstellung erhalten hat, der Balken auf dem Hochhaus würde von Axel Springers Zeitungsverlag betrieben.

Erster Teil

Moskau, Pankow und die Wiedervereinigung

»Linksruck« im Hause Springer

Zur Jahreswende 1957/58 gerieten Axel Springer und sein Verlag erstmals massiv ins Fadenkreuz des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. Alle früheren Materialien im Archiv des MfS hinterlassen einen eher beiläufigen und zufälligen Eindruck. Dieser relativ späte Zeitpunkt der Wahrnehmung des Medienkonzerns durch die stets wachsame Staatssicherheit hatte Gründe, die in der Verlagsgeschichte zu finden sind.

Die Feindbilder, aber auch die positiven Assoziationen, die der Begriff Springer Verlag in all seinen Abwandlungen bis heute auslöst, sind erst Anfang der sechziger Jahre entstanden. Scharfe Attacken gegen die »Zonenmachthaber«, wie die SED-Führung damals nicht nur in Springers Blättern gern genannt wurde, und auch die scharfe Kritik an den Westmächten und der Bonner Regierung nach dem 13. August 1961, vor allem aber die Anti-Springer-Kampagne als ein Teil der antiautoritären Revolte von 1967/68 sind fest im deutschen Gedächtnis verankert. Zahlreiche Zeitgenossen erinnern sich noch heute an den Slogan »Enteignet Springer«. Er stand auf Ansteckern, die sich sogar in kleinen Provinzstädtchen zum Ärger von Lehrern und Eltern viele Jugendliche an die Jacke hefteten. Die medialen Schlachten dieser Jahre sind ganz sicher ein deutscher »Erinnerungsort«, im Sinne der Theorien von Gedächtnis- und Erinnerungskultur.⁷

Völlig vergessen und von späteren Konfliktlinien überlagert ist dagegen die unpolitische Frühphase der *Bild*-Zeitung, aber auch – wie es der Springer-Biograph Hans-Peter Schwarz ausdrückt – der entschiedene »Linkskurs« des Verlagshauses in den Jahren 1957/58.⁸ Es ging damals um die Frage der Atombewaffnung und um die Deutschlandpolitik Konrad Adenauers. Viele Deutsche sahen in der Politik der Westintegration ein Hindernis auf dem Weg zur Wiedervereinigung. Auch die Zeitungen des Springer Verlages begannen 1957 gegen Adenauers Deutschland- und Außenpolitik zu polemisieren, und die *Bild*-Zeitung tat dies in jenem emotionsgeladenen Stil, den sie von der angelsächsi-

schen Yellow Press übernommen hatte. Diese politische Ausrichtung des auflagenstärksten deutschen Massenblattes war ein Faktor von nicht zu unterschätzender Bedeutung, zumal sich damals die elektronischen Medien, speziell das Fernsehen, erst auf dem Wege zu ihrer dominanten Position der späteren Jahre befanden.

Eine nähere Untersuchung dieser Phase der Verlagsgeschichte wäre ein interessantes Korrektiv zu jener in den sechziger Jahren von Kritikern aller Couleur beschworenen angeblichen Manipulationsmacht des Medienkonzerns. Bei allem Einfluß gelang es den Springer-Zeitungen weder die Regierungspolitik zu ändern, noch spürbar die Massenmeinung zu beeinflussen. Die Atombewaffnung scheiterte am Widerstand der Westmächte und die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik änderte sich erst zehn Jahre später, übrigens wiederum trotz des medialen Sperrfeuers der Springer-Zeitungen. Wo blieb da die Macht der Meinungsmacher? Liegen die Dinge in diesem Punkt nicht doch etwas komplizierter?⁹ Doch diese Frage stellte sich in den späteren Debatten um angebliche Medienmacht und Meinungsmanipulation kaum noch.

Bild im Kampf gegen den Atomtod

Seit 1953 vollzog sich der rasante Aufstieg von *Bild* zur meistgelesenen deutschen Zeitung. Der Historiker Karl Christian Führer schrieb darüber: »Binnen eines Jahres errang die *Bild*-Zeitung Umsatzziffern, die im deutschen Zeitungsgeschäft bisher unvorstellbar gewesen waren. Selbst Fachleute blickten verwundert auf diesen Siegeszug ohnegleichen, der in der europäischen Zeitungsgeschichte keine Parallele hatte.«¹⁰ Schon im ersten Quartal 1954 war *Bild* mit einer Druckauflage von 1,4 Millionen und einer verkauften Auflage von 1,17 Millionen Exemplaren die auflagenstärkste europäische Tageszeitung. Anfang 1960 fand *Bild* durchschnittlich fast 3 Millionen Käufer. Das Rezept für diese einzigartige Erfolgsgeschichte schilderte der damalige Chefredakteur Rudolf Michael: »Ich halte nichts davon, erwachsene Menschen mit Hilfe einer Zeitung zu erziehen. Ich glaube, es ist unsere Aufgabe, ihnen etwas mitzuteilen und sie zu unterhalten, ihrem monotonen Alltag ein bißchen individuelles Leben zu geben.« *Bild* interessierte sich im Bereich der Politik nur für die »bestürzenden, bewegenden Fragen«. »Wir glauben, das aussprechen zu können, was Millionen in Deutschland fühlen, ohne daß ihnen im Augenblick die Worte zu Gebote stehen, mit denen man so etwas verständlich machen kann.«¹¹

Bild brachte das, was ein übermüdeter Angestellter oder Arbeiter auf dem Heimweg in der Straßenbahn gerne liest, um sich ein paar Minuten die Zeit zu vertreiben. Verbrechen, Skandale, Berichte über das Liebesleben der Stars, viel Gefühl und ein bißchen Lebenshilfe. Für die seriösen Zeitungen brachte der Aufstieg der *Bild*-Zeitung kaum Einbußen, weil das Boulevardblatt zusätzlich zu der »richtigen« Zeitung für gewöhnlich unterwegs gekauft wurde.

Ende Oktober 1957 dekretierte Springer in einem Brief an den Chefredakteur von *Bild*: »Es ist der Zeitpunkt gekommen, wo *Bild* nicht mehr nur zum Geldverdienen und zum Amusement der Leser da ist.«¹² Das Boulevardblatt, das angeblich ein Drittel der deutschen Männer über sechzehn Jahren täglich las, sollte »echte Ziele« haben. Der erste Probeauf in Sachen politischer Kampagnen richtete sich gegen die Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen, die damals von der Bundesregierung betrieben wurde. »Atom-Bewaffnung? BILD-Leser sagen: NEIN« titelte das Blatt am 14. Dezember 1957. Es lag damit genau auf der Linie der Sozialdemokratie, aber auch – vielleicht ohne es selbst wahrzunehmen – in einer Front mit der »Zonenpresse«, wie es damals selbst geschrieben hätte.

Die entschiedene Kritik an der Deutschlandpolitik Konrad Adenauers kulminierte bei Springer in den Plänen, die Wiedervereinigung Deutschlands durch eine Art privater Nebenaußenpolitik auf den Weg zu bringen. Angesichts dieser Entwicklung wurde in Ost-Berlin damit begonnen, Material über Springer zu sammeln, Spitzel anzuwerben und erste Überlegungen über künftige Diffamierungskampagnen anzustellen. Angesichts der außenpolitischen Alleingänge seines Inhabers wurde der mächtige Medienkonzern von der SED-Führung mißtrauisch beäugt, da Ulbricht jede Annäherung der Bundesrepublik an die Sowjetunion mit Argwohn erfüllte. Grundlos waren die Befürchtungen nicht. Tatsächlich gingen westliche Spekulationen immer wieder davon aus, daß die Sowjetunion die DDR gegen ein angemessenes Entgegenkommen der westlichen Seite freigeben könnte. Von solchen Erwägungen war auch Springers Privatdiplomatie geleitet. Ludwig Erhard berichtete nach dessen Moskau-Reise dem Bundeskanzler Konrad Adenauer: »Springer glaubt, daß das Bedürfnis Chruschtschows, mit Amerika und uns zu einem *modus vivendi* zu kommen, so groß sei, daß er die Machthaber der Sowjetzone über die Klinge springen ließe.«¹³ Vier Jahrzehnte bestand die größte Sorge der SED-Führung darin, die Sowjetunion könne sie fallenlassen. Für diese existentielle Gefahr gab es keine ideologische Erklärung, da sie weder vom imperialistischen Gegner noch von

der inneren »Konterrevolution«, sondern vom Großen Bruder ausging. Die Führung in Ost-Berlin konnte es sich zudem nur schwer vorstellen, daß ein Zeitungsverleger selbständig und gegen den erklärten Willen seiner Regierung nach Moskau reiste, um dort die Chancen für eine deutsche Wiedervereinigung auszuloten. Das MfS sollte deshalb herausfinden, wer dieser Mann sei. In wessen Auftrag arbeitete er? Wo lagen seine Schwachstellen? War er in schwerwiegender Weise durch seine Vergangenheit in der Nazizeit belastet? Welches Material konnte gegen Springer – vielleicht auch im Hinblick auf sowjetische Befindlichkeiten – publizistisch genutzt werden?

Das Schreckgespenst des Revanchismus und Neonazismus war angesichts der traumatischen Erfahrungen der Sowjetunion mit dem deutschen Militarismus die beste Überlebensgarantie für die DDR. Auf dem Höhepunkt der Anti-Springer-Kampagne im Jahre 1968 übernahm die Moskauer *Prawda*, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, ein Titelbild des *Spiegel* mit dem Porträt Springers, fügte aber blutige Vampirzähne hinzu und zeichnete ihm ein Hakenkreuz auf die Stirn.¹⁴ Ein markanteres Feindbild konnte sich die SED-Führung nicht wünschen. Wenn dies auch kaum das zentrale Motiv des Feldzuges der SED gegen Springer gewesen sein wird, so war es doch möglicherweise ein erwünschter Nebeneffekt.

Insofern ist es kein Widerspruch, daß die Resultate dieser ersten systematischen Nachrichtensammlung über Springer nahtlos in die späteren Kampagnen gegen den Verlag eingingen. Das MfS war dabei zu jeder Zeit Erfüllungshelfer der herrschenden Staatspartei. Die Fäden der konkreten Maßnahmen liefen in der Stasi-Zentrale in der Ost-Berliner Normannenstraße zusammen.

Materialsammlung gegen Springer

Am Anfang der Medienkampagne gegen Axel Springer stand eine belanglos wirkende hausinterne Weisung des Ministeriums für Staatsicherheit in Ost-Berlin. Am 16. Januar 1958 schrieb Mielkes Stellvertreter, Oberst Bruno Beater, an den Leiter der für Kirchen und politische Untergrundtätigkeit zuständigen Hauptabteilung V, Oberstleutnant Fritz Schröder: »Ich bitte, dem Genossen Oberst Jamin den Auftrag zu geben, sich darauf vorzubereiten, um uns mitteilen zu können, was wir gegen Verlage und Pressekonzerne vom Standpunkt der Abwehr systematisch tun müßten.«¹⁵

Einen Hinweis auf die Bedeutung dieses Vorgangs liefert die Person Bruno Beaters. Er galt als der entscheidende Strategie und konzeptionelle Vordenker Erich Mielkes. Einige Tage zuvor hatte Beater eine »Einzel-Information zur Lage in Westberlin, Westdeutschland und im kapitalistischen Ausland« mit dem Vermerk »Streng geheim!« erhalten.¹⁶ Die Information betraf den »Plan des Hamburger Springer-Konzerns zur Aufweichung der DDR und der Länder des sozialistischen Lagers«. Darin hieß es: »Von einer zweifelhaften Quelle – Mitarbeiter im Axel-Springer-Konzern – erhielten wir Angaben über eine Besprechung leitender Mitarbeiter des Verlages, in der neben der Festlegung der künftigen Linie der vom Springer-Verlag herausgegebenen Zeitungen und Zeitschriften u. a. auch Pläne zur Verstärkung des Einflusses Springers in Westdeutschland [...] und zur Aufweichung der DDR und der Länder des sozialistischen Lagers besprochen wurden.«¹⁷

Angeblich sollten in den Publikationen des Verlages verstärkt »abweichende Meinungen zur Politik der Bundesregierung« zu Worte kommen und die SPD sowie die FDP unterstützt werden. In anderen Zeitungen würde der »harte Kurs« fortgesetzt. Die Länderredaktionen der *Bild*-Zeitung seien angehalten worden, für »diese beiden Parteien Stimmung zu machen«.

Diese Mitteilungen ihrer als »zweifelhaft« rubrizierten Quelle konnte für die führenden Männer des Staatssicherheitsorgans kaum überraschend gewesen sein. Jeder Leser einer Springer-Zeitung konnte feststellen, daß gerade die Massenblätter im Laufe des Jahres 1957 gegenüber der Deutschlandpolitik Konrad Adenauers auf Distanz gegangen waren. Kurz vor der Bundestagswahl begann »Pankow« – wie die DDR-Führung damals im Westen gern bezeichnet wurde – Angebote zu machen. Ulbricht offerierte einen deutsch-deutschen Föderationsplan. So sollte ein »Gesamtdeutscher Rat« mit beratendem Charakter geschaffen werden, der von den Parlamenten beider Seiten gebildet werden sollte. Adenauer lehnte solche Avancen strikt ab. Die SPD-Opposition trat dafür ein, die Angebote des Ostens auszuloten. Zu einer emotional aufgeladenen Frage entwickelte sich die Debatte über die Atomrüstung Westdeutschlands. Adenauer und sein Verteidigungsminister Franz Josef Strauß strebten nach der Verfügungsgewalt über die Atombombe, ein breites Bündnis linker Kräfte sah dies dagegen als Gefahr. Persönlichkeiten aus der ganzen Welt, wie der hochangesehene Urwaldarzt Albert Schweitzer, richteten dramatische Appelle an die Bundesregierung. Auch Springer gehörte damals zu den Gegnern Adenauers und der Atomrüstung. Der Aufruf des berühmten Arztes von

Lambarene etwa wurde in den Springerblättern an hervorgehobener Stelle publiziert.

Im Dezember 1957 kristallisierte sich schließlich bei Springer der Wunsch heraus, persönlich in Moskau mit der obersten Sowjetführung über die Lösung der deutschen Frage zu verhandeln. Springers Wiedervereinigungspläne hatten unmittelbar mit seiner Entscheidung zu tun, sich als Verleger in Berlin zu engagieren.

Springer auf dem Weg nach Berlin

Für Springers Umzug nach Berlin spielten sicherlich auch wirtschaftliche Überlegungen eine Rolle. In der Stunde der deutschen Einheit sollte der Verlag nicht nur den ostdeutschen Zeitungsmarkt erobern, sondern auch in der alten und neuen deutschen Metropole und Zeitungsstadt den Fuß in der Tür haben. »Wer nach der Wiedervereinigung als erster in Berlin druckt, wird die Zone gewinnen«, schrieb der Herausgeber der *Zeit*, Gerd Bucerus, damals in einer persönlichen Aktennotiz, in der es um den Kauf von Anteilen des Berliner Zeitungshauses Ullstein ging. Zudem sprachen öffentliche Fördermittel für West-Berlin als Standort eines neuen Verlags- und Druckereigebäudes.¹⁸ Die Bemühungen Springers, den Ullstein Verlag zu übernehmen, erscheinen aus dieser Perspektive vollkommen schlüssig. Große politische Visionen verbanden sich hier mit sehr sachbezogenen kaufmännischen Überlegungen.

Der Staatssicherheitsdienst der DDR beobachtete die Expansionsbestrebungen Springers in Richtung des West-Berliner Zeitungsmarktes mit Interesse und Mißtrauen. An die erwähnte Weisung des MfS-Oberst Beater, Material gegen Springer zusammenzutragen, ist ein weiterer Bericht geheftet. Am 24. Dezember 1957 – auch am Heiligen Abend ruhte in der Zentrale des MfS die tschekistische Arbeit nicht – wurde ein Bericht über die »Einflußnahme des Axel-Springer-Verlages im westberliner Ullstein-Verlag« geschrieben.¹⁹ Darin wurde zunächst referiert, daß Axel Springer versuche, auf dem West-Berliner Zeitungsmarkt Fuß zu fassen. Dazu würden ihm die Kontakte zum Ullstein Verlag dienen. Sämtliche Redaktionen der Springerzeitungen, heißt es in dem Bericht, würden im Ullstein-Gebäude in Berlin-Tempelhof residieren. Der Druck und der Vertrieb würden seit einiger Zeit im Ullstein-Haus vorgenommen. »In der Druckereidirektion wurde ein neues Sachgebiet geschaffen, das unter dem Namen ›Disposition‹ den gesamten Druckablauf

der Tageszeitungen regelt. Verantwortlich für dieses Sachgebiet ist der langjährige Mitarbeiter der Druckereileitung, Lüdtkke.«²⁰ Nachdem diese keineswegs geheimen Erkenntnisse dargelegt waren, berief sich der Bericht wieder auf jene zweifelhafte Quelle mit exklusivem Zugang zur Direktionsetage: »Aus vertraulichen Gesprächen leitender Mitarbeiter des Verlages über die Zukunft des Ullstein-Verlages geht hervor, daß Karl Ullstein nur noch den Tod des 80-jährigen Senior-Chefs Rudolf Ullstein abwarten will, um sich vom Axel-Springer-Verlag auszahlen zu lassen und nach den USA zu gehen.«

Es folgten weitere Informationen, die eher aus dem Ullstein Verlag als aus dem Hause Springer zu stammen schienen. »In Briefen des Axel-Springer-Verlages Hamburg an den Ullstein-Verlag in Westberlin kommt erneut zum Ausdruck, daß in erster Linie das Aufkommen unliebsamer Konkurrenten verhindert werden soll. In diesem Zusammenhang ist die Liquidation des in Westberlin geplanten Scherl-Unternehmens durch den Verlagskonzern Axel-Springer Hamburg und der Ullstein AG zu sehen. Der westberliner ›Lokalanzeiger‹, dessen Erscheinen so oft angekündigt wurde, soll nun als Teiltitel in der westberliner ›Morgenpost‹ seinen Platz finden. [...] Bemerkenswert ist ferner, daß der Druck von Hetzschriften im Ullstein-Verlag in der letzten Zeit neu geplant wurde. So wurde die letzte Nummer der ›Tarantel‹ nicht bei Ullstein, sondern im Verlag ›Der Telegraf‹ gedruckt.«²¹

Erste Anwerbeversuche des MfS

Einer der ersten Spitzel des Staatssicherheitsdienstes, der sich im Umfeld des Springer Verlages tummelte, war der Geheime Informant »Venedig«.²² Sein bürgerlicher Name lautete Karl-Heinz Busch. Er kam am 5. Juni 1924 in Berlin zur Welt, schloß 1942 die Oberschule ab und diente anschließend in der Wehrmacht. Nach dem Krieg arbeitete Busch bei der Post im Französischen Sektor von Groß-Berlin. 1946 trat er der SED bei und erhielt eine Stelle beim *Neuen Deutschland*. Von 1948 bis 1959 arbeitete er bei der DEFA, danach beim Deutschen Fernsehfunk in Berlin-Adlershof. Am 25. Oktober 1956 wurde er nach mehreren Kontaktgesprächen in einem Dienstzimmer bei der DEFA durch Unterleutnant Hanke von der Potsdamer Stasi als Geheimer Informant auf Überzeugungsbasis geworben.

Busch hatte noch eine erfolgreiche IM-Karriere vor sich. Der Höhepunkt seiner Agentenlaufbahn war die Mithilfe bei der Verhaftung

und Verurteilung des 28jährigen West-Berliner Filmjournalisten Gero Gandert. Gandert war am 15. August 1958, nach einem Besuch bei Karl-Heinz Busch, unmittelbar vor dessen Wohnung in Berlin-Pankow vom MfS verhaftet worden. »Während des Prozesses wurde er beschuldigt, hetzerische Artikel gegen die staatliche Zonenfilmgesellschaft verfaßt und bei den internationalen Filmfestspielen in Karlsbad, ČSSR, Spionage für imperialistische Geheimdienste betrieben zu haben.«²³ Gandert erhielt wegen »Boykotthetze« eine Zuchthausstrafe von drei Jahren und neun Monaten. Während des Prozesses trat Busch als Belastungszeuge auf und wurde namentlich in westlichen Zeitungen erwähnt. Daraufhin konnte er einige Zeit nicht mehr in den Westen reisen. Später war er im Auftrag des Fernsehfunks als Redaktionsleiter der Abteilung Programmaustausch und Film in aller Welt unterwegs. In einem Bericht aus dem Jahr 1971 heißt es: »Der IM führt regelmäßige Reisen nach WD und den übrigen kapitalistische Ländern durch. Seine operative Hauptaufgabe bestand dabei in der operativen Absicherung der anderen Reisekader, [...] Er hat darüber hinaus umfangreiche, vor allem kommerzielle Kontakte insbesondere zu Personen, die im Filmgeschäft tätig sind, operativ aufgeklärt. Des weiteren besteht offizieller Kontakt zu dem Leiter der Programmabteilung von BBC London. Der IM ist in der Lage, Kontakte zu operativ interessierenden Personen herzustellen und wird zur ständigen Aufklärung der Regimefragen eingesetzt.«²⁴

1957 war GI »Venedig« damit beauftragt, Journalisten für den Staatssicherheitsdienst anzuwerben. Insbesondere hatte er Lothar Winkler, einen Fotoreporter der *BZ*, im Auge. Winkler hatte für die Frauenzeitschrift *Constanze* einen Bildbericht über das ost-deutsch/französische Gemeinschaftsprojekt »Die Hexen von Salem« gemacht, das in den DEFA-Studios in Babelsberg gedreht wurde. Der Mann von der *BZ* war nicht abgeneigt, auch für ostdeutsche Zeitungen zu arbeiten. GI »Venedig«, damals Pressechef der DEFA, reichte den Namen des West-Berliner Journalisten an die Stasi weiter, die ein Treffen zwischen ihm und einem Vertreter des Presseamtes der DDR im Presse-Café am Bahnhof Friedrichstraße arrangierte. Die Anwerbungsversuche verliefen allerdings erfolglos und der *BZ*-Fotograf Winkler verschwand aus dem Gesichtskreis der Staatssicherheit.

Doch offenbar verfügte der Staatssicherheitsdienst zu dieser Zeit über einen Maulwurf im kaufmännischen Bereich des Ullstein Verlages. Jedenfalls gelangten recht informative und genaue Berichte sowie interne Papiere zu den Verhandlungen zwischen den Verlagen Springer und Ullstein in den Ostsektor. So die Kopie eines Protokolls über eine Bespre-

chung zwischen den beiden Vertragspartnern am 15. November 1957.²⁵ An dieser Besprechung nahmen laut Protokoll der Geschäftsführer von Springers Berliner Zeitungsdruckerei GmbH, Dr. Hans Karl Georg Funk, Karl H. Ullstein, der Leiter des Hauses Ullstein Ernst Strunk sowie ein Dr. Maurer teil. Es ging um den Standort einer gemeinsamen Druckerei von Springer und Ullstein. Springer hatte die Absicht, diese auf dem Scherl-Grundstück zu errichten. Es folgte die Kopie eines Schreibens von Axel Springer an Karl Ullstein vom 29. November 1957.²⁶ Dieses Schreiben betraf die Verhandlungen zwischen den Verlagen Springer und Ullstein bezüglich des August-Scherl-Projektes und die in diesem Zusammenhang wichtigen Verhandlungen und Verträge. Schließlich ergatterte die Stasi auch die Kopie eines Schreibens von Axel Springer an Karl Ullstein vom 16. Oktober 1957, das einen interessanten Einblick in die damaligen politischen Intentionen Springers gab. Er schrieb: »Was im übrigen den Regierenden Bürgermeister Willy Brandt betrifft, so besteht in unserem Hause völlige Übereinstimmung mit Ihnen. Unsere Zeitungen haben sich für die Wahl von Willy Brandt bis aufs äußerste eingesetzt und wir glauben, daß dieses Eintreten nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, daß seine Wahl zustande gekommen ist.«²⁷

In den Materialsammlungen des MfS über Springer spielt der amerikanische Journalist George Bailey eine merkwürdig hervorgehobene, wenn auch diffuse Rolle. Bailey war mit der Enkeltochter des Verlegers Rudolf Ullstein verheiratet. Später war er Direktor des amerikanischen Senders *Radio Liberty* in München, Herausgeber der Exil-Zeitschrift *Kontinent*, Buchautor, Spezialist für den geheimen Krieg der Nachrichtendienste und anderes mehr.²⁸ Das MfS ordnete die Materialien über Bailey Mitte der siebziger Jahre dem Aktenbestand Springer zu, da der Verleger zu den stillen Förderern von *Kontinent* gehörte und durch erhebliche Zuschüsse Vortragsreisen ihrer sowjetischer Exilautoren in westeuropäische Metropolen ermöglichte. So lagen der Stasi unter anderem Springers Honoraranweisungen für Vorträge der sowjetischen Dissidenten Maximow, Galitsch und Nekrassow in Paris vor.²⁹

Auch über die Reisen von Ullstein-Geschäftsführer Strunk und BZ-Chefredakteur Karl-Heinz Hagen in die USA, insbesondere über die Reisekosten, war das MfS im Bilde.³⁰ Welche Bedeutung diese Details für den Staatssicherheitsdienst auch immer gehabt haben mögen, sie stammen mit Sicherheit aus dem unmittelbaren Umfeld der Leitung des Hauses Ullstein.

Andere Versuche der Stasi, Mitarbeiter des Ullstein oder Springer Verlages zu werben, blieben jedoch ergebnislos. Das MfS konzentrierte

sich auf Personen aus der Druckerei, die entweder im Ostsektor wohnten, dort Verwandte hatten oder in anderer Weise mit der DDR verbunden waren. Ein Drucker des Ullstein Verlages beispielsweise war aktiv im »demokratischen Radsport« tätig. Er trainierte bei der BSG »Turbine« der GASAG. »Nach seinen Angaben weiß seine Arbeitsstelle nicht davon, daß er in der demokratischen Sportbewegung mitarbeitet. Er hat eine positive Einstellung zu SU und DDR und diskutiert positiv über die Beschlüsse der Partei und Regierung. Seine Mutter wohnt ebenfalls noch im demokratischen Sektor (Prenzlauer Berg).«³¹ Aus den Akten ergibt sich der Eindruck, daß die Staatssicherheit noch die kleinste Möglichkeit nutzte, einen Fuß in die Tür des Hauses Springer zu bekommen.

Am Neujahrsmorgen des Jahres 1958 entschloß sich Axel Springer während eines einsamen Spaziergangs am Brandenburger Tor, das Schicksal der Deutschen in die Hand zu nehmen.³² Diese Darstellung geht auf ihn selbst zurück und wird von mehreren Biographen übernommen. Bereits einige Tage später beantragte Springer für sich, seine Frau sowie Hans Zehrer und Christian Kracht Visa für die Sowjetunion und ließ über den Bonner Sowjetbotschafter um einen Termin beim Kreml-Chef Nikita Sergejewitsch Chruschtschow nachsuchen. Die Moskaureise Springers spielte in der Entwicklung seines Verhältnisses zur DDR eine zentrale wenn auch widersprüchliche Rolle. Ihr Scheitern markiert eine scharfe politische Wende, hin zu einer klaren Konfrontation mit den Ost-Berliner Machthabern. Vorläufig aber wiegte sich Springer in gesamtdeutschen Illusionen, die für die DDR ebenfalls sehr gefährlich hätten werden können. Sie rührten an die Urangeist aller SED-Führer, sie könnten von Moskau zugunsten einer neutralen Lösung der deutschen Frage fallen gelassen werden.

Springers Moskaureise

Auch Adenauer bekämpfte die Idee eines neutralen Gesamtdeutschlands. Seiner Ansicht nach hätte ein Deutschland zwischen den Blöcken ganz Europa dem expansiven Sowjetkommunismus ausgeliefert. Dagegen waren der SPD der fünfziger Jahre solche Gedankenspiele nicht fremd. Ihrer Ansicht nach setzte Adenauer durch seine konsequente Politik der Westbindung die Wiedervereinigung aufs Spiel. Springer machte sich daher also zunächst auf den Weg nach Bonn, um Adenauer von seiner deutschlandpolitischen Mission zu überzeugen. Seine politischen

Intentionen hatte Axel Springer vor dem Gespräch mit Adenauer handschriftlich auf dem Briefpapier des Hotels »Petersberg« in Königswinter am Rhein zu Papier gebracht.³³

Einleitend wiederholt Springer den schon mehrfach von Adenauer und den Westmächten abgelehnten Plan einer gesamtdeutschen Lösung auf der Basis der Neutralität. Gelegentlich wurde damals auch von einer »österreichischen Lösung« gesprochen. Dort war es 1955 tatsächlich gelungen, gegen die Garantie einer »immerwährenden Neutralität« die Russen zum Abzug zu bewegen. Damit war der Weg frei für ein unabhängiges, neutrales und demokratisches Land. In den folgenden Jahren gab es immer wieder die Vorstellung, dieses Modell auf Deutschland zu übertragen. Springer entwickelte Anfang 1958 noch einmal ein umfassendes Neutralitäts-Programm, das er in vielen Einzelheiten ausbaute, teilweise sogar liebevoll ausschmückte. Er verband die Idee der Wiedervereinigung mit dem Vorschlag der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa. Zu dieser Zone sollten neben Deutschland auch Polen und die Tschechoslowakei gehören. Darauf sollte eine »feierliche Erklärung der Großmächte« folgen, bei Abschluß des Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung darauf hinzuwirken, daß Deutschland »keinerlei Koalition oder Militärbündnis eingeht, die sich gegen irgendwelche Staaten richten, deren Streitkräfte am Krieg gegen Deutschland teilgenommen haben.«³⁴

Wichtig war in den Planungen Springers die Wiederherstellung der Einheit Berlins unter der Kontrolle der Siegermächte. Dafür hatte er bereits einen genauen Ablaufplan ausgearbeitet. Sogar an die Übernahme des Sozialsystems war gedacht worden. Im Detail schlug Springer folgende Schritte vor:

- »Entpolitisiertes, kommunales Berlin, Wahlen für Gesamtberliner Stadtverordneten-Versammlung unter Viermächtekontrolle, Korridor entlang der Versorgungswege von Berlin zur Bundesrepublik, DM-Währung, keine Bindung mehr an Bundestag, Berlin-Gesetz, das allen Deutschen die Zugehörigkeit zu Spionagediensten untersagt, Übernahme der in der Bundesrepublik gültigen sozialen Verpflichtungen (Rentenform usw.) für die Ostberliner Bevölkerung.
- Einsetzung einer Sachverständigen-Kommission, von den Regierungen benannt, die die Zusammenführung beider Teile Deutschlands auf der Basis eines föderativen Gesamtdeutschlands vorbereiten. Unter Berücksichtigung einer vernünftigen Eingliederung geschaffener Tatbestände in der DDR.«³⁵

Schließlich folgt als Kernstück der Vorschläge Springers an die Kremelführung ein Fünf-Phasen-Plan, an dessen Ende die Wiedervereinigung Berlins und Deutschlands stehen sollte:

»Phase 1

- Sowjetrussisches Angebot an die USA, Frankreich und England zum Viermächte-Status in Berlin zurückzukehren.
- Sofortige Wiederherstellung der Einheit Berlins.
- Totale Entpolitisierung des Stadtraumes Berlin. Gemeinsamer kommunaler Aufbau der Stadt Berlin durch alle in den Westsektoren und im Ostsektor zugelassenen Parteien und Organisationen.
- Wahlen für Gesamtberliner Stadtverordneten-Versammlung unter Viermächte-Kontrolle.
- Keinerlei Bindung des gewählten Regierenden Bürgermeisters, seiner Stadtregierung und aller Organe der freien Stadt Berlin an die Regierungen der Bundesrepublik und die Regierung der DDR.
- Schaffung eines unter Viermächte-Kontrolle stehenden Korridors entlang der Autobahn Berlin-Helmstedt.
- Erlass eines Berlin-Gesetzes, wonach keinem Deutschen die Zugehörigkeit zu einem Nachrichtendienst gleich welcher Art gestattet ist.
- Übernahme der in der Bundesrepublik gültigen sozialen Verpflichtungen (Rentenreform) für den im Ostsektor wohnenden Bevölkerungsteil. Es empfiehlt sich einheitliche DM-Währung bei Neufestsetzung einer für die DDR günstigen Relation D-Mark West und Ostmark.
- Gleichzeitig mit der Wiederherstellung der Einheit Berlins erfolgt der Beitritt der Bundesrepublik und der DDR zum kontrollierten, atomwaffenfreien Raum, der die beiden Teile Deutschlands, Polen und die Tschechoslowakei umfasst.

Phase 2

- Einsetzung einer Gesamtdeutschen Sachverständigen-Kommission, von den Regierungen der Bundesrepublik und der DDR ernannt, die die Zusammenführung beider Teile Deutschlands auf der Basis einer Föderation Gesamtdeutschlands vorbereitet. Dies unter Berücksichtigung [...] einer vernünftigen Eingliederung. Zusammenführung geschaffener sozialer Tatbestände in der DDR mit dem in der Bundesrepublik gültigen Sozial- und Wirtschaftssystem. Hierbei Sicherung der Mithilfe von Presse, Rundfunk und Kirche für einen reibungslosen Ablauf.

Phase 3

- Nach 1 ½ Jahren Wahlen für eine in Berlin einzusetzende Regierung. Unter freien Wahlen wird verstanden, Zulassung aller in beiden Teilen Deutschlands vorhandenen Parteien und Organisationen, denen zum Zwecke ihrer Wahlpropaganda gleiche geldliche Mittel und gleiche Sendezeit in den Rundfunkanstalten zur Verfügung stehen. Zulassung einer Wahlpropaganda in den Zeitungen erst zwei Monate vor Abhaltung der Wahlen, wobei den Zeitungen zur Pflicht gemacht wird, nur die auf die Zukunft gerichteten konstruktiven Wahlprogramme bekanntzugeben, ohne den Blick in die unterschiedliche Vergangenheit Deutschlands in den letzten 13 Jahren zu werfen. Einhaltung dieser Grundsätze und Überwachung der Wahl durch Viermächte-Kontrolle.

Phase 4

- Unmittelbar nach erfolgter Wahl und Konstituierung der neuen deutschen Regierung: Friedensvertrag, Regelung der Grenzfrage, Abzug der fremden Streitkräfte aus beiden Teilen Deutschlands, Viermächte-Kontrolle der gesamtdeutschen, nicht atomausgerüsteten Streitkräfte.

Phase 5

- Garantie der Unverletzlichkeit des deutschen Gebietes durch die Regierungen der UdSSR und USA.«³⁶

Mit nur wenigen redaktionellen Änderungen hat Springer diesen Plan Leonid Iljitschow, dem Leiter der Presseabteilung des sowjetischen Außenministeriums übergeben.³⁷

Der Historiker Hans-Peter Schwarz geht mit dem Papier Springers hart ins Gericht: »Sein Mangel an realistischer Vorsicht zeigte sich nicht zuletzt in den Vorstellungen, die er zur Berlin-Regelung in Phase 1 entwickelte. Bezüglich des mehr als delikaten Berlin-Status ist selten so viel Naivität auf so wenigen Seiten enthüllt worden. Man hat Springer später oft einen Romantiker genannt. Was er Chruschtschow hier ablieferte, war aber nicht romantisch, sondern schlicht unprofessionell – der Schulaufsatz eines Gutmenschen.«³⁸

Schwarz macht sich im Rückblick, was nicht verwundern kann, gänzlich den Standpunkt Adenauers zu Eigen. Der Springer-Plan bewegte sich tatsächlich genau in den Gleisen der westlichen Friedensbewegung, nämlich durch Abrüstung, Demilitarisierung und Abzug der Siegermächte ein neutrales Deutschland zwischen den Blöcken schaffen

zu können. Für die Sowjetunion wäre eine solche Lösung nicht unattraktiv gewesen, hätte ein neutrales Deutschland sie doch der Notwendigkeit enthoben, mit einer gigantischen Landarmee Osteuropa zu beherrschen. Abgesehen von der rein wirtschaftlichen Belastung durch riesige Militärausgaben hätte Rußland durch eine Selbstbefreiung aus der Rolle der Hegemonialmacht den Weg für innere Reformen frei gemacht. Der gesunde Menschenverstand bot mehr als genug Argumente für eine Verhandlungslösung mit Moskau. Interessanterweise ähnelt der Fünf-Phasen-Plan Springers auch den Vorstellungen der Friedensbewegung in Ost und West, die bis 1989 immer wieder ins Gespräch gebracht wurden, so wie dem Berliner Appell von Rainer Eppelmann und Robert Havemann aus dem Jahr 1982, der als ein Gründungsdokument der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR gelten kann.

Ex oriente lux

Am Dienstag, dem 14. Januar 1958, flog Axel Springer, begleitet von seiner Gattin Rosemarie und seinem Vertrauten Christian Kracht nach Moskau. Hans Zehrer reiste wegen seiner Flugangst mit dem Zug von Ost-Berlin aus. Dort begann ein langes und zermürbendes Warten auf einen Interviewtermin mit dem Generalsekretär der KPdSU und Ministerpräsidenten der Sowjetunion, Nikita Sergejewitsch Chruschtschow. Die Gäste wohnten im Hotel »National« am Manegeplatz unweit des Roten Platzes. Doch der Herr des Kremls ließ den Verleger und seine Begleitung erst einmal warten – tagelang. Währenddessen absolvierte die westdeutsche Delegation ein Kulturprogramm.

Endlich gab es die erlösende Botschaft. Am Mittwoch, dem 29. Januar 1958, wurden Springer und Zehrer zum mächtigsten Mann der Sowjetunion gebeten. Das Gespräch verlief keineswegs nach Springers Erwartungen. Der sowjetische Staats- und Parteichef fühlte sich auf dem Gipfel seiner Macht. Er glaubte, den Westen militärisch und ökonomisch bald überholen zu können. Chruschtschow hielt sein Wirtschaftssystem für außerordentlich effizient und die Ausstrahlungskraft des Sozialismus auf die »kolonial und neokolonial ausgebeuteten Staaten Afrikas, Lateinamerikas und Asiens« – wie die Dritte Welt damals in der Sprache der Propaganda hieß – für ausgesprochen hoch. Bald schon würde der Hinterhof des Imperialismus rebellieren und ebenfalls den Weg zum Sozialismus beschreiten. Warum sollte der Mann an der Spitze des Weltkommunismus in dieser Lage nach Ausgleichsmöglichkeiten und

Kompromissen suchen? Im Gegenteil. Chruschtschow wollte das kapitalistische System, wie er es in seiner bildhaften Sprache immer wieder sagte, an die Wand quetschen.

Der Verlauf des Interviews war für die deutschen Gesprächspartner enttäuschend. Chruschtschow belehrte sie darüber, daß die DDR ein souveräner Staat sei, Adenauer müsse mit Ulbricht verhandeln. Als Springer und Zehrer den Kreml verließen, war ihnen klar, daß sie in Deutschland vor dem politischen Scherbenhaufen ihrer Ostpolitik stehen würden. Am Donnerstag, dem 30. Januar 1958, trat Springer den Rückflug wiederum mit einer gecharterten SAS-Maschine an. Der Flieger mußte in Stockholm landen, da der Flugverkehr nach Hamburg wegen vereister Startbahn eingestellt worden war. Noch am gleichen Abend reiste das Ehepaar Springer im Schlafwagen nach Hamburg. Christian Kracht war bereits früher aus Rußland zurückgekehrt.

Am selben Tag veröffentlichte das Zentralorgan der Kommunistischen Partei der Sowjetunion eine Meldung über das Gespräch. Unter der Überschrift: »Gespräch N. S. Chruschtschows mit dem westdeutschen Verleger Axel Springer und dem Chefredakteur der Zeitung ›Die Welt‹ Hans Zehrer« hieß es darin: »Der in Moskau weilende westdeutsche Verleger Axel Springer und der Chefredakteur der Hamburger Zeitung *Die Welt* Hans Zehrer trafen sich zu einem Gespräch mit dem Ersten Sekretär des ZK der KPdSU N. S. Chruschtschow. Am 29. Januar traf sich N. S. Chruschtschow mit Axel Springer und Hans Zehrer und führte mit ihnen ein Gespräch. An dem Treffen nahm der Chef der Presseabteilung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, L. F. Iljitschow, teil.«

Auch deutsche Blätter, wie die *Süddeutsche Zeitung*, druckten die TASS-Meldung. In der Freitagsausgabe der *Welt* vom 7. Februar 1958 erfolgte der Abdruck des Interviews. Am 19. Februar 1958 schickte der Persönliche Referent des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Otto Winzer, den vollständigen Text des Interviews an Walter Ulbricht. Das Papier stammte von dem DDR-Botschafter in Moskau, Johannes König. Es handelte sich bei dem Protokoll um den russischen Text und die deutsche Übersetzung mit dem Vermerk, der Text sei nicht von N. S. Chruschtschow autorisiert worden.³⁹

Aus heutiger Sicht wirkt die Enttäuschung Springers und Zehrer übertrieben. Vielleicht ist sie nur durch eine überzogene Erwartungshaltung zu erklären. Der Kern der Aussagen Chruschtschows bestand darin, daß der Schlüssel für die Wiedervereinigung, deren Legitimität er wortreich betonte, in direkten Verhandlungen zwischen West- und Ost-

deutschland liege. Die mit solchen Verhandlungen einhergehende faktische Anerkennung der »Sowjetzone« war allerdings eine Riesenkröte, die damals in der Bundesrepublik noch niemand schlucken wollte. Es sollte noch ein Jahrzehnt vergehen, bis ein frisch gewählter deutscher Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung von zwei deutschen Staaten sprach, die allerdings füreinander kein Ausland sein könnten.

In der späteren Anti-Springer-Kampagne wird die Moskauer-Reise kaum erwähnt. Eine der wenigen Reflexe darauf stammt von Franz Knipping. Er beobachtete und kommentierte die Vorgänge in der westdeutschen Presselandschaft sehr sorgfältig und war bereits als Assistent der Leipziger Karl-Marx-Universität eine der Schlüsselfiguren bei der Vorbereitung und Ausrichtung der Anti-Springer-Kampagne. Seine Dissertation *Voraussetzungen und Ergebnisse des Konzentrationsprozesses in der westdeutschen und westberliner Tagespresse (1949-1960)* erschien 1963 in überarbeiteter und ergänzter Fassung als Lehrmaterial für das Fernstudium unter dem Titel: *Pressemonopole – Monopolpresse* an der Fakultät für Journalistik der Karl-Marx-Universität Leipzig.⁴⁰ Darin heißt es: »Springer ließ damals unerklärt, wie er sich die Wiedervereinigung vorstellte. Allem Anschein nach spekulierte er [...] auf einen faschistischen Putsch in der DDR. Um die nötige Stimmung zu schaffen, regte er schon damals seine Redakteure fast täglich an, die Unruhe über das verlorene deutsche Gebiet wachzuhalten. Mit dem Scheitern des konterrevolutionären Aufstandes in Ungarn zerschellten jedoch vorerst Springers Hoffnungen auf ein ähnliches Unternehmen in der DDR. Um seine Wunschträume, Pressebeherrscher Mitteldeutschlands zu werden, nicht aufgeben zu müssen, betrieb er nunmehr Außenpolitik auf eigene Faust. Begleitet vom Chefredakteur der ›Welt‹, Hans Zehrer, und seinem Assistenten Christian Kracht, begab sich Springer im Januar 1958 nach Moskau. Seine Absicht war es, zu erkunden, ob und unter welchen Bedingungen die Sowjetregierung bereit wäre, die DDR ›freizugeben‹ und ihre Angliederung an ein kapitalistisches Westdeutschland zuzustimmen.« Chruschtschow aber habe den westdeutschen Zeitungsmachern die gebührende Antwort erteilt, die Knipping aus der *Welt* zitierte. Dann fügte er den Kommentar an: »Die Prinzipien der sowjetischen Deutschlandpolitik, beruhend auf der Lehre vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, konnte oder wollte der Hamburger Großverleger nicht verstehen. Auf seine Eroberungsabsichten aber gedachte er nicht zu verzichten. Folglich blieb nur ein Ausweg: das völlige Einschwenken auf die Linie Bonns, auf die Blitzkriegstrategie der alten Hitlergenerale. In dieser wahnwitzigen und selbstmörderischen Politik erblickte er die einzige

Chance, seine Presseherrschaft jemals auf das Gebiet der DDR auszu-dehnen. Die gemeinsamen Profit- und Machtinteressen besiegelten das Bündnis mit der Bonner Regierung, sie führten zur Eingliederung der Springer-Objekte in das System der psychologischen Kriegsführung.«⁴¹

Als 1968 der Springer-Film des Ostfernsehens das Licht der Welt erblickte, war darin die Moskau-Episode fast ganz gestrichen. Es wird lediglich gezeigt, wie Springer am Heldendenkmal vor Moskau, das am Ort des weitesten Vordringens der Wehrmacht die Verteidiger der Sowjetunion ehrt, ein ungemütlich kalter Wind um die Ohren pfliff, wie er sich im Bolschoj-Theater langweilte und im Hotelzimmer ungeduldig und hypernervös auf die Audienz beim Kremlchef wartete. Nikita Sergejewitsch Chruschtschow – der Springer 1958 so selbstherrlich zurückgewiesen hatte – war 1968 bereits zur Unperson geworden, von den eigenen Genossen gestürzt und aus der Geschichte getilgt. Er konnte in einem Film des DDR-Fernsehens weder auftreten noch erwähnt werden. In diesem Punkt hatte die DDR sich den sowjetischen Weisungen widerspruchslos zu fügen.

Osteuropäische Planspiele

Die Quellenlage bezüglich des politischen Kurswechsels Axel Springers ist verworren. Dem MfS lag ein interner Bericht vom 1. März 1958 vor. Darin berichtet eine »unsicherere Quelle« über eine Beratung der Führungskräfte, die offenbar erst nach der Moskaureise stattfand, teilweise aber Intentionen und Tendenzen widerspiegelt, die noch immer von den Illusionen gekennzeichnet sind, man könne Moskau zu einer Aufgabe der DDR bewegen. Sicher ist, daß es innerhalb des Verlages heftige Kontroversen gab. Zehrer bot Springer in einem langen Schreiben seinen Rücktritt an.⁴²

Es läßt sich auch nicht sagen, ob die östlichen Nachrichtendienste oder politischen Führungen noch andere Hinweise auf die Pläne Springers erhalten hatten. Insofern ist die vertrauliche Mitteilung aus der Führungsgruppe des Springer Verlags vom 1. März 1958 auf jeden Fall ein hoch interessantes Quellenstück. Auch wenn manche Einzelheiten überzeichnet sein mögen, wirkt der Bericht angesichts des damaligen politischen Kontextes durchaus nicht unglaubhaft. Möglicherweise handelte es sich sogar um eine gezielte Indiskretion, die von interessierten Mitarbeitern des Hauses Springer Ost-Berlin zugespield wurde, um diese über die Absichten des Verlages in Kenntnis zu setzen. Eine Persönlichkeit